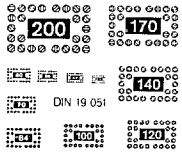
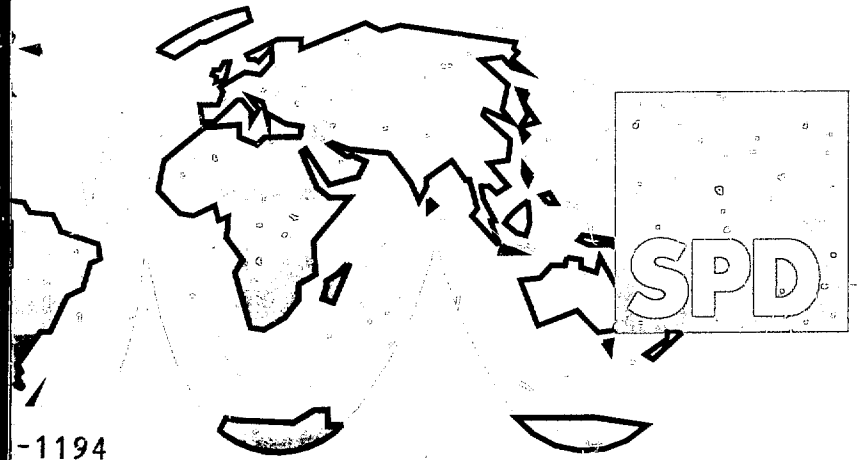


Für eine lebenswertere Zukunft:

Nord-Süd

im Berliner Grundsatzprogramm



-1194

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Faltblatt sind die Aussagen des Berliner Programms der SPD zur Nord-Süd-Politik zusammengefaßt. Angesichts der bewegenden Umbrüche in Osteuropa besteht die Gefahr, daß die Probleme der Menschen im Süden unseres Planeten in Vergessenheit geraten. Es besteht aber auch die historische Chance, den Abbau des Ost-West-Konfliktes zu nutzen, um beträchtliche finanzielle und technische Mittel sowie geistige und ökonomische Potentiale für die Entwicklung des Südens freizumachen.

Auch in unserer Partei hat sich das Bewußtsein von der Tragweite des Nord-Süd-Konflikts erst allmählich entwickelt und zwar vor allem aufgrund des unablässigen Drängens von Willy Brandt. Dennoch ist es in unserer Gesellschaft wie auch in der SPD noch immer schwierig, Solidarität und Verantwortung für eine gemeinsame globale Zukunft politisch ebenso ernst zu nehmen, wie die naheliegenden Tagesaufgaben. Die existentiellen Probleme Afrikas, Asiens und Latein-Amerikas haben auch in unserem Land nur eine kleine Lobby. Anders ist kaum zu verstehen, daß die Länder des Südens seit Jahren mehr an den Norden zahlen als sie von uns bekommen. Ohne radikale Schuldenstreichung und eine angemessene Erhöhung der Rohstoffpreise ist das nicht zu ändern. Darüber hinaus ist die wachsende Armut in den Ländern der sogenannten Dritten Welt zum größten Feind der Menschheit und der Umwelt geworden. Hunger und Elend stellen inzwischen die zentrale Friedensgefahr auf unserem Planeten dar und es ist an der Zeit, unserer Friedenspolitik diese neue Dimension hinzuzufügen. Im Zuge einer solchen Politik könnten die bisher durch den Rüstungswettlauf gebundenen Reichtümer nun endlich zu einem wesentlichen Teil in den ökonomischen und ökologischen Umbau der Weltstrukturen investiert werden.

Dabei fordern wir Konzentration der Maßnahmen auf arme Länder und auf die für Hilfe zur Selbsthilfe wichtigen Sektoren Landwirtschaft, Handwerk, Bildung, angepaßte Technologie und Selbstorganisation. Allerdings kann diese Hilfe nur dann Erfolg haben, wenn sie die Arbeit der Frauen nicht länger unterbewertet. Besondere Förderung verdienen Projekte, die der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern dienen. Wir wollen den Agrar- und Industrieprotektionismus zugunsten der Entwicklungsländer und der eigenen Verbraucher abbauen, dies muß allerdings verbunden sein mit vorausschauender Struktur- und Regionalpolitik. Der Umbau der eigenen Industriegesellschaft soll den Verbrauch von Energie und Ressourcen und die Umweltbelastung senken, damit den Entwicklungsländern die notwendige Auswertung ihres Verbrauchs von Energie und Ressourcen möglich wird. Unser Ziel ist eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine dauerhafte Entwicklung für alle Länder ermöglicht."

Daran arbeiten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon lange. Drei sozialdemokratisch geleitete UNO-Kommissionen unter Gro Harlem Brundtland, Willy Brandt und Olof Palme haben mit ihren Berichten zu Entwicklung, Umwelt und Abrüstung weltweit neue Maßstäbe gesetzt. Aber Nord-Süd-Politik darf nicht allein weltweite Politik sein, sie muß in jedem Politik-Bereich und auf jeder politischen Ebene berücksichtigt werden. So hat die Fraktionsvorsitzendenkonferenz des Bundes und der Länder am 24. November 1989 als vordringliche Aufgabe der Länder und Gemeinden die Bildungsarbeit zum Nord-Süd-Konflikt herausgestellt. Am 5. September 1990 wird eine Konferenz der Städte in Frankfurt sich um die Stärkung und bessere Verknüpfung kommunaler Nord-Süd-Aktivitäten und der Arbeit örtlicher Initiativ-Gruppen bemühen. Für Anfang 1991 ist in Nürnberg eine erste deutsche Anti-Apartheid-Städtekonferenz geplant. Sollten die bis dahin erzielten Ergebnisse der Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung Südafrikas eine solche Konferenz überflüssig erscheinen lassen, so wäre das für uns auch ein Erfolg unserer intensiven Unterstützung der Anti-Apartheid-Bewegung.

Unsere Nord-Süd-Politik werden wir auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften und Kirchen gestalten. „Ohne einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird die Zukunft der ganzen Menschheit gefährdet.", steht in unserem Berliner Programm. Deshalb wird das Bemühen um diesen Ausgleich ein Schwerpunkt unserer künftigen politischen Arbeit sein. Ich lade alle Genossinnen und Genossen herzlich ein, uns dabei zu unterstützen.

Mit freundschaftlichen Grüßen!

Gerd-Jürgen Wolf

Bonn

C91-1194

Wir arbeiten für eine Welt,

- in der alle Völker in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Krieg oder Wettrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen,
- in der eine Politik der Partnerschaft und eine Kultur des Streits den Konflikt zwischen Ost und West überwinden,
- in der alle Völker Europas zusammenarbeiten in einer demokratischen und sozialen Ordnung des Friedens, von der Hoffnung für die Völker des Südens ausgeht,
- in der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung faire Chancen zu eigenständiger Entwicklung haben.

Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine neue Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.

Solidarität gebietet auch, daß die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellosen Alternativen verlangen ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein; dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen, Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Friedenspolitik umfaßt auch Zusammenarbeit der Völker in Fragen der Ökonomie, Ökologie, Kultur und Menschenrechte. Eine Welt in Frieden erfordert das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen.

Kein Land ist für sich allein lebensfähig. Klimaveränderungen oder der Abbau der schützenden Ozonschicht kümmern sich nicht um nationale Grenzen. Kriege treffen auch unbeteiligte Völker. Wirtschaftliche Krisen oder Erfolge in einem Teil der Erde wirken sich auf alle anderen aus. Die Weltgesellschaft ist Wirklichkeit, eine gerechte Friedensordnung ist jedoch noch in weiter Ferne.
Aber die Einsicht wächst, daß sie notwendig ist. Gemeinsame Aufgaben zwingen zu Frieden und internationaler Zusammenarbeit.

Abhängig von Banken, Rohstoffbörsen, Konzernen und Staaten des Nordens, durch den Protektionismus der Industriestaaten in ihrer eigenständigen Entwicklung behindert, zum Manövrierfeld des Ost-West-Konflikts erniedrigt, oft von korrupten Eliten ausgebeutet, ringt der Süden um seine Zukunftschance. Je bedrückender das Elend, desto stürmischer das Bevölkerungswachstum, desto rascher die Zerstörung der Natur, desto geringer die Chance eigenständiger Ernährung, desto demütigender die Abhängigkeit von Entscheidungen im Norden. Aber die Armen wehren sich gegen Bevormundung und Ausbeutung. Sie schließen sich zusammen und suchen nach eigenen Wegen. Und auch der Norden beginnt zu erkennen, welche Gefahren die Verelendung des Südens für alle Menschen birgt. Das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung wächst in Ost und West.

Wir wollen die Dynamik der Aufrüstung brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang setzen.
Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern.

Die Europäische Gemeinschaft muß durch partnerschaftliche Politik gegenüber dem Süden ein Stück historischer Schuld der europäischen Kolonialmächte und gegenwärtiger Schuld an ungerechten Wirtschaftsbeziehungen abtragen. Sie muß daher Länder und Kräfte des Südens in ihrem Streben nach eigenständiger Entwicklung unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinarbeiten.

Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Die historische Perspektive der EG liegt nicht darin, eine eigene Vormachtrolle zu übernehmen. Statt in militärischer Stärke findet sie ihre Identität als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine intakte Umwelt und eine dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt.

Nord-Süd-Politik

Ohne einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird die Zukunft der ganzen Menschheit gefährdet. Wo Hunger und Elend herrschen, kann Frieden nicht Bestand haben. Der Süden darf nicht Austragungsort für den Ost-West-Konflikt sein. Vielmehr muß Abrüstung in Ost und West Mittel freimachen, um den zwei Dritteln der Menschheit, die in Armut leben, Entwicklungschancen zu eröffnen.

Der Reichtum der Indutriestaaten des Nordens beruht auch auf der Ausbeutung der Länder des Südens. Die heutige Weltwirtschaftsstruktur steht immer noch in der Tradition von 500 Jahren Kolonialismus. Sie ist geprägt von ungleichen und diskriminierenden Wirtschafts- und Austauschbeziehungen und geht zu Lasten der Dritten Welt.

Jedes Land hat das Recht auf seinen eigenen Entwicklungsweg. Alle Länder des Südens müssen endlich die Chance haben, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Bildung, Beschäftigung, Industrialisierung, Gesundheitswesen und soziale Sicherung zu finden, über einen leistungsfähigen Binnenmarkt ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre kulturelle Identität zu bewahren.

Entwicklung im Süden kann nur gelingen, wenn die Arbeit der Frauen nicht mehr unterbewertet wird. Die zentrale Rolle der Frau für den eigenen Entwicklungsweg dieser Länder muß anerkannt werden. Frauen müssen auf allen Ebenen an Entwicklungsplanungen und Entwicklungsprojekten gleichberechtigt teilhaben. Sie müssen Entwicklungswege mitbestimmen können. Entwicklung hat sich auch an ihren Interessen und Bedürfnissen zu orientieren.

Regionale Zusammenschlüsse können dies erleichtern, den Einfluß des Südens auf die Weltwirtschaft stärken und so globale Zusammenarbeit fördern.

Wo reaktionäre Kräfte eigenständige Entwicklung hemmen, unterstützen wir die Kräfte die Befreiung. Das System der Apartheid in Südafrika muß fallen.

Es erweitert des Handlungsspielraum des Südens, wenn wir im eigenen Land durch ökologische Erneuerung unsere Industriegesellschaft korrigieren, regenerierbare Energiequellen erschließen oder Technologien fördern, die auch im Süden nutzbar sind.

Daher kann Entwicklungspolitik nicht isolierte Aufgabe eines Ressorts bleiben. Bei allen politischen Entscheidungen wie Konjunktursteuerung, Zollabbau und Exportförderung, Umwelt-, Agrar-, Energie-, Technologie und Sicherheitspolitik müssen ihre entwicklungspolitischen Wirkungen bedacht werden

Norden und Süden müssen erst noch zu einer Entwicklung finden, die dauerhaften Fortschritt ermöglicht, ökologische Belastungsgrenzen respektiert und mit den Bedürfnissen der heutigen und künftigen Generationen vereinbar ist. Dauerhafte Entwicklung verlangt, daß sich die Nutzung von Ressourcen, die Richtung technischer Innovation, Umfang, Standort und Zweck von Investitionen an langfristigen Entwicklungszielen und nicht an kurzfristigen Gewinninteressen orientieren. Dazu müssen internationale Institutionen umgestaltet und mit entsprechenden Rechten ausgestattet werden. Wir erstreben eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine dauerhafte Entwicklung für alle Länder ermöglicht.

Auf dem Weg dahin müssen die Austauschbedingungen zugunsten des Südens verändert, die Exporterlöse für Rohstoffe gesteigert, die Schuldendienste begrenzt, der Ressourcentransfer von Nord nach Süd gefördert, die öffentliche Entwicklungsfinanzierung erweitert und die Kontrolle transnationaler Konzerne weltweit durchgesetzt werden.

Wo Entwicklungsländer auch im Interesse der Weltgesellschaft wirtschaftliche Möglichkeiten zugunsten des Umweltschutzes ungenutzt lassen, müssen die Industrieländer für den finanziellen Ausfall aufkommen.

All dies gelingt nur, wenn die Entwicklungsländer als gleichberechtigte Partner in den zuständigen internationalen Organisationen deren Reform selbst vorantreiben können. Dies gilt vor allem für den Internationalen Währungsfonds, Weltbank und GATT.

Stärkung der Vereinten Nationen

Recht auf eigenen Weg

Förderung von Partnerschaften

Apartheid abschaffen!

Multis in die Pflicht nehmen

Industrieländer, werdet Vorbild

Binnenmärkte stärken und öffnen

Entwicklungspolitik ist mehr

Entwicklung muß dauerhaft sein

internationale Sozialstandards schaffen

Die Ausgangsposition des Südens stärken

Weltwirtschaftsordnung erneuern

Entwicklungsländer müssen Partner sein

Verschuldung macht Umwelt kaputt

Internationale Gemeinschaft

Die Weltgesellschaft muß sich eine Ordnung geben, durch die der Weltfrieden gesichert, wirtschaftliche Macht politisch kontrolliert, Rohstoffe, Technologie und Wissen gerecht verteilt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden können.

Die Vereinten Nationen können uns diesem Ziel näherbringen. Daher muß ihre Bedeutung wachsen. Sie müssen zu einem Instrument gewaltfreier Weltinnenpolitik werden. Wir wollen sie politisch und finanziell stärken.

Je weniger sie durch die Konfrontation von Ost und West gelähmt werden, desto besser können die Vereinten Nationen Frieden vermitteln, globalen Bedrohungen entgegenwirken und den Interessen armer Länder Stimme geben. Diesen Herausforderungen können die Vereinten Nationen nur dann gerecht werden, wenn die Nationalstaaten bereit sind, ihnen mehr Kompetenzen und Aufgaben zu übertragen. Wir treten ein für die Stärkung des Internationalen Gerichtshofes, die Reform des Sicherheitsrates und die Schaffung internationaler Rüstungskontrollgremien im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Vereinten Nationen und die mit ihnen verbundenen Organisationen müssen neu strukturiert und handlungsfähiger gemacht werden.

Die Sozialistische Internationale bündelt und stärkt die Kräfte des Demokratischen Sozialismus. Sie muß weiterentwickelt werden, damit sie Wege zu einer demokratischen Weltgesellschaft weisen kann.

Das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen muß ausgebaut werden. Damit wollen wir einen Beitrag zu einer solidarischen Völkergemeinschaft über die Grenzen Europas hinaus leisten.

Internationale Verflechtung

Staatliche Rahmensetzungen sind bisher fast immer nur im Nationalstaat wirksam geworden. Inzwischen setzt sich kapitalistische Ökonomie aber über nationale Grenzen hinweg. Multinationale Konzerne können dadurch Vorteile auf Kosten der Gesellschaft wahrnehmen und Verpflichtungen ausweichen.

Bei den Industrieprodukten und vielen Dienstleistungen ist die Konkurrenz weltweit geworden. Wir wollen die Chancen der Bundesrepublik Deutschland im weltweiten Wettbewerb wahren und für die Entwicklungsländer neue Chancen eröffnen. Eine expansive Exportorientierung lehnen wir ab. Um unseren Handelspartnern und insbesondere den Entwicklungsländern neue Chancen zu eröffnen und Ungleichgewichte im internationalen Handel abzubauen, müssen wir die Binnenmärkte stärken und den eigenen Markt öffnen.

Um zu verhindern, daß Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führt, werden internationale verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig.

Gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaftsordnung

Noch mehr als wir sind die Entwicklungsländer auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft angewiesen. Sie leben in demütigender Abhängigkeit von den Banken, Konzernen und Regierungen des Nordens.

Auch im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, deren Bedingungen sie sich fügen müssen, dominieren westliche Industrieländer.

Um den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, werden die Schuldnerländer gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstören und das Massenelend verschärfen. Die Rodung tropischer Regenwälder, Verkarstung und Erosion von Gebirgslandschaften, die Ausdehnung der Wüsten wirken auf das Klima der gesamten Erde.

Deshalb gibt es ein gemeinsames Interesse aller Völker, die Weltwirtschaft nicht den ökonomisch Stärksten und Rücksichtslosesten zu überlassen. Nationale und internationale Kontrollmechanismen müssen sicherstellen, daß sich das international operierende Kapital seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und seiner Steuerpflicht nicht entzieht.

Wir sind für internationale Konventionen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehören Abkommen zum Schutz des Waldbestandes, der Atmosphäre und der Meeressysteme. Die Antarktis muß vor ökonomischer Ausbeutung geschützt werden.

Es liegt im Interesse aller, daß die Entwicklung des Südens weder durch Überschuldung noch durch unseren Protektionismus abgewürgt wird. Den ärmsten Ländern müssen die Schulden erlassen werden. In anderen sind teilweiser Erlaß und Begrenzung des Schuldendienstes nötig. Die Regionen des Südens müssen in die Lage versetzt werden, sich gemeinsam ohne Bevormundung durch Weltbank und IWF über ihre eigenen Entwicklungsprioritäten einigen zu können. Entschuldung darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die soziales Elend für die Menschen dieser Länder bedeuten.

Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Schwankungen der Rohstoffpreise muß durch internationale Rohstoff-Fonds vermindert werden. Anreize für Überproduktion sind dabei um so eher zu vermeiden, je stärker die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf gefördert wird.

Ein fairer Welthandel muß durch sanktionsfähige internationale Regeln gesichert werden. Präferenzen, die nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, können die Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern öffnen und deren junge und schutzbedürftige Branchen vorübergehend absichern.

Eine demokratisch kontrollierte internationale Währungsordnung ist notwendig, um Währungsspekulation und schädliche Währungsschwankungen zu verringern. Diese Währungsordnung kann die notwendige Senkung der Zinsen und die Abstimmung zwischen der Geld- und Haushaltpolitik der Staaten erleichtern.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird nur dann besser sein, wenn durchgreifende Reformen der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Gesellschaften des Südens den Weg in eine dauerhafte Entwicklung öffnen, und damit den Rückfall in erneute Verschuldung und einseitige ökonomische Abhängigkeit verhindern.
Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung läßt sich nicht aufbauen ohne die enge internationale Kooperation starker Gewerkschaften.

Nationale Verantwortung

Durch ihre Wirtschaftskraft verfügt die Bundesrepublik Deutschland über erhebliche nationale Handlungsspielräume, ihr Einfluß auf internationale wirtschaftspolitische Entscheidungen ist groß. Je entschlossener wir unsere nationalen Handlungsspielräume für ökologische und soziale Reform nutzen, desto stärker können wir auf internationale Entscheidungen einwirken. Wer nur auf europäische oder weltweite Regelungen wartet, wird am Ende auch sie nicht bekommen.
Obwohl manche unserer Vorstellungen nur noch europäisch oder gar weltweit voll zu verwirklichen sind, muß unser Handeln da beginnen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen.

Ökologische Erneuerung

Die Krise der Umwelt ist weltweit. Indem wir sie national angehen, wollen wir das international Notwendige vorantreiben. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohen Aussterberaten der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischsten Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Stabilisierung der Währungen

starke Gewerkschaften schaffen

Entwicklungspolitik auch im eigenen Land

Bundesrepublik trägt Verantwortung

weltweite Umweltkrise

Industriestaaten in der Verantwortung

Entwicklung angepaßter Technologien

Förderung regionaler Zusammenschlüsse

Beteiligung und Mitbestimmung

Für eine lebenswertere Zukunft

Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.

Vor allem die Industriestaaten haben diese Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen weit vorangetrieben. Mit der Fernwirkung ihrer Produktion und ihres Konsums schädigen sie die Meere, vernichten sie weltweit Tier- und Pflanzenarten und zerstören die Erdatmosphäre.

Deshalb haben die Industriestaaten die Hauptverantwortung und damit die Kosten für die weltweite Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen zu tragen. Sie müssen mit dem ökologischen Umbau ihrer Gesellschaften vorangehen und der Verschwendung von Energie, Rohstoffen und Flächen ein Ende setzen. Sie müssen die Völker der Dritten Welt in die Lage versetzen, ihren Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Wir wollen nicht den Menschen der Technik anpassen, wir wollen eine menschengerechte, sozialgerechte und umweltverträgliche Technik.

Technische Innovation – unverzichtbar für jede dynamische Wirtschaft – soll ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und Grundwerte verwirklichen. Sie soll die Arbeitsproduktivität steigern, Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Energie und Rohstoffe einsparen, von entfremdender Arbeit befreien und die sinnvolle Gestaltung von Arbeitsprozessen fördern.

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen wir Bausteine für eine bessere Weltwirtschaftsordnung.

Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Wirtschaftsdemokratie erfordert gleichberechtigte Beteiligung und qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen durch europaweite Mitbestimmung und internationale Regelungen für die Mitbestimmung in multinationalen Konzernen.

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. Aber gemeinsam können wir Gefahren abwehren, Risiken mindern und eine neue, bessere Ordnung erreichen:

- eine demokratische Gemeinschaft der Völker, die gemeinsame Verantwortung für eine gedeihliche Zukunft der Erde übernimmt,
- eine Menschheit, die sich vom Wahnsinn des Krieges und des Wettrüstens befreit, Konflikte gewaltfrei austrägt und ihre Kräfte zur Bewahrung der Natur und zur Überwindung des Hungers einsetzt...

Das vollständige Berliner Programm kann man beim SPD-Parteivorstand, Postfach 2280, 5300 Bonn 1 bestellen.

weitere Materialien zum Thema:

Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene

„Vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene ist die Veränderung des Bewußtseins der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland."

Mit diesen Worten beginnt die Zielvorstellung neuer sozialdemokratischer Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene. Die Positionsbestimmung, verabschiedet von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Düsseldorf, gliedert sich in drei Kapitel:

- Ausgangslage und Grundforderung sozialdemokratischer Entwicklungspolitik
- Bestandsaufnahme und neue Entwicklungen
- Ziele, Maßnahmen und Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene.

Bestellungen unter der Nummer 320 244
— Preis DM 0,80

Tropenwälder.
Rettung für die grüne Lunge

Bestellungen unter der Nummer 320 134
— Preis DM 2,—

Nord-Süd
eine Zukunft – eine gemeinsame Aufgabe
Dokumentation vom Nord-Süd-Forum

Bestellungen unter der Nummer 310 424
— kostenlos, solange Vorrat reicht

Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik.
Beschluß des Parteitags in Münster 1988.
Politik Nr. 12

Bestellungen unter der Nummer 200 374
— Preis DM 0,25

Apartheid tötet auch in Mosambik

Bestellungen unter Nummer 320 924
— jetzt kostenlos, solange Vorrat reicht

Bestellungen an:
SPD, Abt. Produktion und Vertrieb,
Ollenhauerstr. 1 5300 Bonn

Materialien der JungsozialistInnen

Plakate

Boykottiert Apartheid	Best.Nr. 701 611 DM 0,50
„Ruhe sanft, Regenwald."	Best.Nr. 701 0001 DM 0,80

Juso-Magazine

Städtepartnerschaften	Best.Nr. 707 744 DM 3,00
Bundesrepublik und Dritte Welt Best.Nr. 707 714 DM 3,00	
Nord-Süd-Politik. Buko 1988	Best.Nr. 707 734 DM 2,00
„10 Jahre Nicaragua Libre"	Best.Nr. 707 764 DM 3,00
Apartheid Abschaffen	Best.Nr. 707 0014 DM 3,00
Globale Herausforderungen	Best.Nr 707 0054 DM 3,00
Handbuch Nord-Süd	Best.Nr. 703 205 DM 6,00

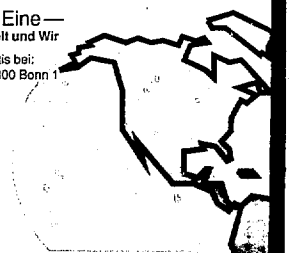
Bestellungen an:
Margret Peulen-Hartung
Ollenhauerstr. 1 • 53 Bonn 1

Uns kriegen sie nicht klein.

Broschüre, 30 S., gegen Portokosten bei:
Marie-Schlei-Verein, Hadermanns Weg 23,
2000 Hamburg 61.
Dort gibt es ebenfalls weitere Informationen über Frauenprojekte.

Drei Welten oder Eine —
Frauen in der Dritten Welt und Wir

Dokumentation, 42 S. gratis bei:
ASF, Ollenhauerstr. 1 • 5300 Bonn 1



Der internationale Waffenhandel: Wer liefert was, wohin und warum? 174 S., 15,00 DM
Die Sivard Studie. Entwicklung der weltweiten Militär- und Sozialausgaben seit 1945. 54 S., 10,00 DM
Bestellungen bei: IFIAS, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1

Aktionskreis Nord-Süd

Der Aktionskreis Nord-Süd der SPD ist ein Zusammenschluß [illegible] zusammen mit den SPD-Landtagsfraktionen an der [illegible] des Berliner Programms zu Nord-Süd arbeiten. Der Aktionskreis trifft sich [illegible]

Kontakt:
Gunther Hilliges, In der Poggenkuhle 37, 2800 [illegible]

Gestaltung Michael Adrian DTP, Bonn